



Aus: DER PLATOW Brief
Nr. 128 | Freitag, 4. November 2022
Mehr unter: www.platow.de

Trump verhindern – Ischinger sagt, wie es geht

Wolfgang Ischinger, viele Jahre das Gesicht der **Münchner Sicherheitskonferenz**, war gerade eine Stunde aus den USA zurück. Da stand der erfahrene Diplomat und scharfe Analytiker der aktuell so angespannten geopolitischen Lage bereits auf der Bühne beim „Lupus alpha Investment Fokus 2023“ in der Alten Oper Frankfurt. Er berichtete von großer Sorge in Washington über den Ausgang der Midterms (8.11.). Das sommerliche Zwischenhoch für die Demokraten hat sich verflüchtigt. Um zu verhindern, dass 2024 wieder ein Isolationist wie **Donald Trump** an die Macht gelangt, müsse Europa weitaus mehr tun. Ischinger rechnete vor, dass die USA in der Ukraine, einem Konflikt, der Europa mindestens genauso viel wie die USA angehe, immer noch den mit Abstand größten Anteil an Waffen und Geld beisteuern würden. Um dem von Russland im Osten Europas angezettelten Krieg erfolgreich zu begegnen, benötige die Ukraine jeden Monat rd. 5 Mrd. US-Dollar. Europa zahle davon weniger als die Hälfte. Anstatt mit einer Stimme zu sprechen, die auch **Wladimir Putin** ernst nehmen würde, verzettelten sich einzelne Länder in

ihren Partikular-Interessen und würden von Putin und seinen Scharfmachern dafür verlacht. Das nervt viele Amerikaner, die gar nicht einsehen wollen, dass ihr Land diesen teuren Krieg über vermutlich noch viele Monate federführend begleiten soll, zumal ihnen die Verteidigung von Interessen in der Pazifik-Region und gegenüber China viel wichtiger erscheint. Die unglückliche Rolle Europas im Ukraine-Konflikt spielt folglich führenden Republikanern wie **Kevin McCarthy** in die Hände, der ähnlich wie Trump eine Rückkehr zum Isolationismus predigt, dafür begeistert gefeiert wird und Wähler in Scharen anzieht. Ischinger räumte mit dem „dummen Zeug“ russischer Propaganda auf, dass der Westen Russland mit der NATO eingekreist habe. Der letzte Beitritt ehemaliger Sowjetrepubliken sei 2004 erfolgt. Er forderte Deutschland und Europa vehement dazu auf, Sanktionen aufrechtzuerhalten und der Ukraine auch schwere Waffen zu liefern, um bis zum Tag, an dem über die Bedingungen eines Waffenstillstands verhandelt wird, möglichst viele der besetzten Gebiete zurückzuerobern.